



öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 24.06.2020, 17:00-20:15 Uhr

Ort, Raum: Aschersleben, Markt 1, Ratssaal

NIEDERSCHRIFT

Anwesend waren:

Vorsitzende/r
Herr Benno Schigulski

ordentliches Mitglied
Herr Wolfgang Adam
Herr Lothar Gruber
Herr Detlef Gürth
Frau Gundhild Jahn
Herr Marco Kiontke
Herr Andreas Knoche
Frau Gabriele Puchner
Frau Claudia Selisko-Lättig
Herr Holger Weiß

i. V. für Herrn Steffen Amme

i. V. für Frau Nicola Hoppe

Ortsbürgermeister
Herr Friedhelm Hänsch
Herr Frank Hänsen
Frau Sabine Herrmann

i. V. für Herrn Burkhardt Mathe

Verwaltung
Herr Jens-Peter Finke
Herr Matthias May
Frau Julia Rippich

Nicht anwesend waren:

ordentliches Mitglied
Herr Steffen Amme

entschuldigt

Frau Nicola Hoppe

entschuldigt

Ortsbürgermeister
Herr Burkhardt Mathe

entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit
- 2 Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils
- 3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung (Abstimmung) der Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen vom 26.02.2020 und 18.03.2020
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Informationen
- 6 Beschluss über die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 24 "Sondergebiet – PV-Anlage Magdeburger Chaussee" in Aschersleben
Vorlage: VII/0139/20
- 7 Beschluss zur Freistellung von der Erhebung des Ausgleichsbetrages i.S. des § 155 Abs. 4 Satz 1 BauGB
Vorlage: VII/0155/20
- 8 Anträge
- 8.1 Antrag A/0023/2020 des Stadtrates Dr. Axel Pich - Dringende Sanierung des Dorfgemeinschaftshauses (DGH) in Winnigen und Änderungsantrag A/0036/2020 des Oberbürgermeisters
Vorlage: A/0023/2020
- 8.2 Antrag A/0028/2020 der Fraktion DIE LINKE - Schaffung von unterstützenden finanziellen Anreizen für geschäftliche Neuansiedlungen im Innenstadtgebiet der Kernstadt Aschersleben und Änderungsantrag des Oberbürgermeisters A/0032/2020
Vorlage: A/0028/2020
- 9 Anfragen und Anregungen
- 10 Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Nichtöffentlicher Teil

- 11 Feststellung der Tagesordnung des nicht öffentlichen Teils
- 12 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung (Abstimmung) der Niederschriften über den nicht öffentlichen Teil der Sitzungen vom 26.02.2020 und 18.03.2020
- 13 Informationen
- 14 Vergabebeschluss
- 15 Erwerb eines Grundstückes
- 16 Verkauf des Grund und Bodens
- 17 Verkauf des Grundstückes
- 18 Anfragen und Anregungen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 *Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit*

Die Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit erfolgen durch den Ausschussvorsitzenden Herrn Schigulski.

Die Beschlussfähigkeit ist mit 10 anwesenden Stimmberechtigten gegeben.

- zu 2 *Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils*

Es liegen keine Änderungsanträge vor. Die Tagesordnung wird nach einstimmiger Abstimmung durch Herrn Schigulski festgestellt.

- zu 3 *Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung (Abstimmung) der Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen vom 26.02.2020 und 18.03.2020*

Es liegen keine Einwendungen vor. Die Niederschriften werden nach folgendem Abstimmungsergebnis durch Herrn Schigulski festgestellt:

9 Ja 0 Nein 1 Enthaltungen

- zu 4 *Einwohnerfragestunde*

Entfällt.

- zu 5 *Informationen*

Frau Rippich berichtet über einen Brief der Kita Spatzennest zu deren aktuellen Schmetterlingsprojekt. Die Kinder möchten die Schmetterlinge auf der Grünfläche neben der Pferde-Eine (Gerichtssteine) freilassen. Die Fläche wurde länger nicht gemäht, dort stehen momentan sehr viele blühende Pflanzen. In die Runde geht die Frage, ob die Fläche gemäht werden soll oder nicht, oder ob eine andere Fläche angeboten werden soll. Es gab in der Vergangenheit immer wieder Diskussionen bzgl. Insektenwiesen im Stadtgebiet.

Herr Schigulski erläutert, dass die Fläche seit dem Ende der Brückenbaumaßnahmen

nicht großartig gepflegt wurde. Er fragt in die Runde der Ausschussmitglieder.

Herr Knoche gibt zu bedenken, dass an dieser Fläche viele Autos und Touristen (Zoobesucher) vorbeikommen, diese müsste gepflegt werden. Er würde eine andere Fläche empfehlen.

Frau Jahn widerspricht dem und sagt, dass es auch viele Befürworter gibt. Allerdings müsste unbedingt ein Hinweisschild aufgestellt werden. Das Thema muss kommuniziert werden.

Herr Gürth befürwortet auch ein Schild. Herr Gürth regt ein Gespräch mit dem Bauwirtschaftshof an bzgl. der Pflege von Verkehrsflächen.

Herr Weiß spricht sich gegen ein Verwildern der Fläche aus.

Frau Jahn ergänzt, dass es sich um ein paar Wochen handelt, im Herbst würde wieder gemäht werden. Momentan würde ein Mähen um die Gerichtssteine herum ausreichen.

Herr Schigulski stellt eine Blühwiese und eine verwilderte Fläche gedanklich gegenüber.

Frau Jahn sagt, dass die Fläche so gelassen werden könnte.

Herr Weiß formuliert einen Kompromissvorschlag: Um die Bank und um die Steine sollte gemäht werden. Dann sieht es gepflegt aus und man sieht, dass es so gewollt ist. Der Rest darf stehenbleiben.

Der Vorschlag wird wie folgt abgestimmt:

9 Ja

1 Nein

0 Enthaltungen

Frau Rippich informiert über die komplette Sperrung der Wipperbrücke an der Gipshütte in Drohndorf. Die letzte Brückenprüfung hatte massive Schäden aufgezeigt. Die dahinterliegende Brücke über den Flutgraben ist in einem ähnlich schlechten Zustand. Die Brücken müssten zusammen betrachtet werden.

Herr Knoche fragt, wie es diesbezüglich weitergeht. Welche Pläne hat die Stadt? Herr Knoche hat sich die Brücke angesehen und ist der Meinung, dass die Brücke bis zur Instandsetzung abgestützt werden könne, um für Fußgänger und Radfahrer wieder nutzbar zu sein.

Herr Kiontke fragt nach, ob der Sachverhalt in den TOP 9 – Anfragen und Anregungen verschoben werden könnte, da es weitere Fragen dazu gibt.

Herr Gruber hat sich ebenfalls beide Brücken angesehen. Er sieht äußerlich keine Schäden.

Frau Rippich berichtet über die Verschlechterung des Zustandes der Brücke Fabrikhof in Schackenthal. Es erfolgt eine Tonnagebegrenzung auf 5 Tonnen.

Frau Rippich informiert bzgl. Breitbandausbau über aktuelle Probleme mit der Telekom. Im Bereich Holzmarkt und Markt wurde die Pflasterung – trotz Forderung der Nachbesserung - nicht ordentlich wieder hergestellt.

Frau Rippich teilt zu den aktuellen Anträgen der Stadträte bzw. Fraktionen mit, dass der Antrag A/0026/2020 „Schaffung einer Fußgängerzone mit Nutzung von

Radfahrern in der Innenstadt der Kernstadt Aschersleben“ in Abstimmung mit dem Oberbürgermeister zurückgestellt wurde. Es sollen durch die Verwaltung Varianten untersucht werden, weiterhin spielt die Ortsumfahrung eine Rolle und auch eine Abstimmung mit der Kaufmannsgilde soll erfolgen. Danach erfolgt die Stellungnahme der Verwaltung.

- zu 6 *Beschluss über die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 24
"Sondergebiet – PV-Anlage Magdeburger Chaussee" in Aschersleben
Vorlage: VII/0139/20*

Herr Finke stellt die Vorlage vor.

Herr Kiontke weist auf den bekannten Rehwechselbetrieb hin. Weiterhin gibt es einen Rotmilan (geschützte Art) in dem Bereich Otto-Buchwitz-Straße. Inwieweit würde die Errichtung eines Solarparkes hier die Tiere stören?

Herr Finke antwortet, dass der Wildwechsel in diesem Bereich nicht bekannt war. Beide Arten müssen in der Umweltbetrachtung berücksichtigt werden. Herr Finke dankt für die Hinweise.

Herr Hänsgen weist darauf hin, dass in der Ortschaft Freckleben oft und sehr viele Crossräder unterwegs sind, dort denkt niemand an Tiere oder Natur.

Herr Schigulski bittet, beim Thema zu bleiben und stellt die Vorlage zur Abstimmung:

8 Ja 1 Nein 1 Enthaltungen

- zu 7 *Beschluss zur Freistellung von der Erhebung des Ausgleichsbetrages i.S. des § 155
Abs. 4 Satz 1 BauGB
Vorlage: VII/0155/20*

Frau Rippich stellt die Vorlage vor. Es handelt sich um zwei Kirchengebäude und zwei Schulgebäude, für die der Ausgleichsbetrag nicht erhoben werden soll.

Herr Schigulski sagt, dass es mehr als zwei Kirchen wären, die im Sanierungsgebiet liegen. Frau Rippich erläutert, dass für die weiteren Kirchen freiwillig Ausgleichsbeträge bezahlt worden sind.

Herr Schigulski würde dies als Ungleichbehandlung empfinden.

Herr Kiontke fragt nach, ob die Karlstraße und die Salpeterhütte ebenfalls zum Sanierungsgebiet gehören.

Frau Rippich erläutert den Unterschied zwischen dem Sanierungsgebiet im ISEK und dem hier gemeinten Gebiet. Weiterhin erläutert sie die Ermittlung der Ausgleichsbeträge.

Herr Adam fragt, ob die Kirchen, die bereits bezahlt haben, dann das Geld zurückfordern? Die Freistellung der Kirchen wäre in Ordnung. Der Landkreis zieht

jedoch öfter mit seinen Einrichtungen um, daher wäre eine Freistellung bzgl. einer möglichen Wertsteigerung bei Verkauf nicht gerechtfertigt.

Herr Schigulski fragt, wer die Vorlage veranlasst hat. Frau Rippich erläutert, dass zum Jahresende abgerechnet werden muss und die Verwaltung die Entscheidung vom Stadtrat benötigt. Mit den gezahlten Ausgleichsbeträgen können weitere Straßen saniert werden.

Herr Gürth bittet darum, den Beschluss noch vor der Sommerpause zu fassen, damit Rechtssicherheit hergestellt wird.

Herr Schigulski zweifelt an, dass die anderen Kirchengemeinden freiwillig gezahlt hätten.

Herr Adam meint, in Bezug auf die Gebäude des SLK, dass eine Nutzungsänderung nicht schwierig wäre.

Herr Weiß fragt nach der Kostenhöhe.

Frau Rippich hat diese Zahlen bzgl. der Bodenrichtwertsteigerung nicht parat und verweist auf den Zeitdruck bzgl. der Schlussrechnung zum 31.12.2020. Frau Rippich bittet um eine kurze Unterbrechung der Sitzung, um die entsprechenden Unterlagen zu holen.

Frau Rippich erläutert, dass es Bodenrichtwertsteigerungen gibt zwischen 1 EUR im Bereich Geschwister-Scholl-Straße bis zu 9 EUR im Bereich südliche Altstadt. Die Neuapostolische Kirche hatte 2012 bezahlt. Für die in der Vorlage genannten Objekte lauten die Beträge:

Burgschule 3 EUR/ qm, Schulgebäude in der Augustapromenade 4 EUR/ qm, St.-Stephani-Kirche 7 EUR/ qm, St.-Margarethen-Kirche 3 EUR/ qm. Insgesamt ergeben sich Beträge zwischen 1.359 EUR und 25.000 EUR, je nach Grundstücksgröße.

Herr Adam fragt, ob die Vorlage heute beschlossen werden muss.

Herr Schigulski erläutert, dass aufgrund der Corona-Einschränkungen die Anzahl der Sitzungen reduziert wurde. Es gibt nur noch einen STEWA in diesem Halbjahr vor der Stadtratssitzung.

Frau Rippich ergänzt, dass die abschließende Entscheidung beim Stadtrat liegt, bis dahin ist noch Zeit und es besteht auch die Möglichkeit, ergänzende Unterlagen bereitzustellen.

Frau Puchner erklärt, dass die freiwillig gezahlten Gelder wieder für die Stadt eingesetzt wurden und dass von den später per Bescheid zu zahlenden Beträgen ein Anteil zum Land abfließt.

Frau Rippich erläutert, dass dies der Zweck dieser freiwilligen Vereinbarungen ist, auch in den nächsten Jahren dieses Geld wieder für die Stadt für öffentliche Maßnahmen einzusetzen. Wenn die Sanierungssatzung aufgehoben wird, werden die Bescheide und die 2/3-Abführung an das Land gefordert.

Herr Kiontke spricht sich dafür aus, die Befreiung für die Gebäude des Salzlandkreises nicht zu erteilen.

Herr Schigulski erklärt, dass dafür ein Änderungsantrag gestellt werden müsste und fragt nach, ob Herr Kiontke diesen stellen möchte.

Herr Kiontke formuliert dies zunächst mündlich:

Es wird der Änderungsantrag gestellt, dass die Freistellung von der Erhebung des Ausgleichsbetrages nur für die beiden Kirchen zutreffend ist. Die Burgschule und die Volks- bzw. Musikschule werden von dieser Freistellung ausgenommen. Begründung: Eine langfristige und zweckgebundene Nutzung ist nicht absehbar, die Möglichkeit einer Zweckentfremdung oder Verkauf ist gegeben.

Herr Schigulski stellt zuerst den Änderungsantrag von Herrn Kiontke (A/0038/2020) zur Abstimmung:

7 Ja 1 Nein 2 Enthaltungen

Herr Schigulski stellt die Vorlage, ausgenommen der beiden im Änderungsantrag genannten Gebäude, zur Abstimmung:

7 Ja 1 Nein 2 Enthaltungen

zu 8 *Anträge*

zu 8.1 *Antrag A/0023/2020 des Stadtrates Dr. Axel Pich - Dringende Sanierung des
Dorfgemeinschaftshauses (DGH) in Winningen und Änderungsantrag A/0036/2020
des Oberbürgermeisters
Vorlage: A/0023/2020*

*Herr Gürth verlässt gegen 18.10 Uhr die Sitzung, somit sind noch 9 Stimmberechtigte
anwesend.*

Frau Rippich gibt unter Hinweis auf die Prioritätenliste zu bedenken, dass es nicht die einzige Maßnahme ist, die zu machen ist, es ist nicht das einzige Dorfgemeinschaftshaus, es gibt viele dringende Sanierungsmaßnahmen, egal, ob es sich um ein Gebäude, eine Straße oder eine Brücke handelt. Ist es sinnvoll, über Einzelanträge zu entscheiden oder macht es nicht mehr Sinn, die einmal festgelegte Prioritätenliste abzuarbeiten? Wenn sich Prioritäten ändern, könnte die Liste per Beschluss geändert werden, so z.B. bezüglich der Brücken in Drohndorf.

Herr Kiontke schlägt eine redaktionelle Änderung des Änderungsantrages des Oberbürgermeisters vor. Es geht um den ersten Satz „u.a. die Sanierung des Dorfgemeinschaftshauses Winningen“, dieser würde den Eindruck einer bevorzugten Rolle von Winningen erwecken.

Frau Selisko-Lättig schließt sich Frau Rippich bzgl. der Prioritätenliste an, es sollten nicht einzelne Objekte vorgezogen werden.

Herr Adam verweist auf den Verfall von Gebäuden und dass sich Prioritäten ändern können. Das hat aber nichts mit Vorziehen zu tun. Die Liste wird der Reihe nach abgearbeitet.

Herr Schigulski erklärt, dass der 1. Antrag von Herrn Dr. Pich noch anders lautete. Er weist auch nochmal auf die vorhandene Prioritätenliste hin.

Herr Kiontke möchte ebenfalls die beschlossene Prioritätenliste beibehalten. Er sieht ebenfalls bei unerwarteten Änderungen eine Möglichkeit der Änderung der Prioritätenliste.

Herr Weiß schlägt vor, den baulichen Zustand des Hauses zu überwachen.

Herr Hänsgen verweist auf die ähnlich schwierige Sanierung des DGH Freckleben (8 Jahre). Die Maßnahmen aus den Gebietsänderungsverträgen sind dringend zu realisieren.

Herr Gruber verweist ebenfalls auf die Prioritätenliste und die Erfüllung der Gebietsänderungsverträge.

Herr Schigulski stellt zunächst den Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag A/0023/2020 zur Abstimmung:

8 Ja 0 Nein 1 Enthaltungen

Damit hat sich der Antrag von Herrn Dr. Pich erledigt und wird nicht abgestimmt.

zu 8.2 *Antrag A/0028/2020 der Fraktion DIE LINKE - Schaffung von unterstützenden finanziellen Anreizen für geschäftliche Neuansiedlungen im Innenstadtgebiet der Kernstadt Aschersleben und Änderungsantrag des Oberbürgermeisters A/0032/2020*
Vorlage: A/0028/2020

Herr Kiontke teilt mit, dass der Antrag vorläufig zurückgezogen wird.

Herr Schigulski ergänzt, dass sich damit auch der Änderungsantrag des Oberbürgermeisters erübrigt hat.

zu 9 *Anfragen und Anregungen*

Herr Schigulski erteilt Frau Herrmann, Ortsbürgermeisterin Drohndorf, das Rederecht und ergänzt, dass die Ortsbürgermeister nicht direkt zum STEWA eingeladen wurden, er darüber jedoch keine Kenntnis hatte. Er war der Meinung, es wäre eine reguläre Sitzung. Als Ausschussvorsitzender erteilt er den Ortsbürgermeistern Rederecht.

Frau Herrmann erläutert die Sperrung der Brücke zur Gipshütte in Drohndorf und die Auswirkung auf die betroffenen Anwohner, die jetzt von der Ortschaft abgeschnitten sind.

Die Brücke ist seit der Eingemeindung in 2008 unter Beobachtung. 2015 erfolgte eine Einschränkung bzgl. Breite und Tonnage, nun wurde die Brücke komplett gesperrt.

Aus den Archivunterlagen geht hervor, dass im Jahr 1984 ein Panzer über die Brücke gefahren sei und die Brücke danach geöffnet und verstärkt wurde. Eine zweite Brücke

schließt sich an über den Flutgraben. Die Brücke wurde auch von anderen Personen genutzt, z. B. Nutzer des Wipperradwegs. Momentan können die betroffenen Anwohner nur den Weg „Unter dem Holz“ und den geschotterten Weg von Mehringen aus nutzen. Beide Wege sind nicht von allen Fahrzeugen (Rettung, Müll, Schülerbeförderung) nutzbar. Der Schülertransport wurde vom SLK als Träger gelöst, die Müllabfuhr ist noch ungeklärt. Herr Schigulski sagt, dass der BWH dazu einen Auftrag von der Stadt benötigt.

Frau Rippich berichtet, dass alle Brücken in den geforderten Abständen überwacht werden, bei kritischem Zustand werden die Überwachungszeiträume verkürzt, zuletzt vierteljährlich.

Frau Rippich erläutert, dass für die Brücke in Drohndorf bereits 2015 die ersten Einschränkungen erfolgten und auch die Prüfungsabstände auf eine vierteljährliche Prüfung verkürzt wurden. Bei der letzten Kontrolle am 14.05.2020 wurden deutliche Veränderungen an den bekannten Schäden festgestellt. Daraufhin wurde ein Sondergutachten beauftragt, der Prüfer stellte fest, dass die Standsicherheit und die Verkehrssicherheit des Bauwerks nicht mehr gegeben sind und das Bauwerk unverzüglich für jeglichen Verkehr gesperrt werden muss.

Frau Rippich erklärt zur Ver- und Entsorgung, dass der Rettungsdienst die Grundstücke über Mehringen/ Kuks anfährt. Die Feuerwehr fährt die betroffenen Grundstücke über Freckleben und Mehringen an. Post und DHL sollen über Mehringen zustellen, die Änderung ist veranlasst, andere Zusteller müssen von den Anwohnern selbst informiert werden. Zur Müllentsorgung hat der Kreisabfallwirtschaftsbetrieb die Müllabholstelle an den Kuks in Mehringen verlegt, auch andere Anwohner müssen dort ihren Müll hinbringen. Die Tonnen können dort stehenbleiben und dort befüllt werden. Ein Mülltransport durch den BWH könnte nur zu Lasten anderer Aufgaben erfolgen.

Herr Gruber weist darauf hin, dass in Schackenthal ein ähnliches Brückenproblem besteht, dort sind zwei Gewerbebetriebe betroffen mit einer Begrenzung auf 5 Tonnen.

Herr Kiontke fragt, ob sich die geplante Baumaßnahme der Alten Bahnhofstraße auf den Rettungsweg zur Gipshütte auswirkt.

Frau Rippich antwortet, dass die Baumaßnahme in solchen Abschnitten erfolgen muss, dass die Zufahrt über den Kuks jeder Zeit gewährleistet ist.

Herr Kiontke fragt, wie sich in dieser kurzen Zeit der Brückenzustand verschlechtern konnte. Wer hat bisher die Brücken geprüft?

Frau Rippich antwortet, dass die regelmäßigen Prüfungen oberflächlicher erfolgen, aber auch von externen Prüfern.

Herr Kiontke fragt, ob es möglich ist, eine Behelfsbrücke zu errichten.

Frau Rippich antwortet, dass auch diese Brücke Geld kosten würde und diverse Genehmigungen einzuholen wären, z. B. Wasserrecht.

Herr Kiontke weist auf eine höhere Priorität hin bzgl. der Erkrankung eines Kindes der betroffenen Anwohner.

Frau Rippich verweist hier auf die Prioritätenliste und den Vorrang der Maßnahmen der Gebietsänderungsverträge. Die Rettung könnte auch über einen Rettungshubschrauber erfolgen.

Herr Weiß fragt nach, ob es Förderprogramme gibt, auch bzgl. der Coronazeit.

Herr Schigulski berichtet, dass ein Brückenbauprogramm aufgelegt werden soll.

Frau Rippich sagt, dass es momentan keine Informationen gibt, was zukünftig gefördert wird.

Herr Hänsgen bringt die Fußgängerbrücke Winzersteg in Freckleben in Erinnerung, die seit 12 Jahren fehlt.

Frau Jahn berichtet bzgl. eines Antrags ihrer Fraktion, dass sie am Vortag per E-Mail den Antrag an das Stadtratsbüro gesendet hatte, die Mail jedoch aufgrund eines Schreibfehlers in der E-Mailadresse nicht zugestellt wurde. Der Fehler wurde erst am Folgetag bemerkt, die E-Mail wurde nochmals versendet, allerdings war die Frist für die Tagesordnung des Stadtrates zwischenzeitlich abgelaufen. Es geht um zusätzliche Mittel für die Baumpflege auf der Alten Burg. Frau Jahn verliest den Antrag A/0037/2020 Planungsbüro für Arbeiten "Auf der Alten Burg". Der Antrag wird dann im nächsten FIVA behandelt.

Frau Jahn weist diesbezüglich auf die im FIVA am 13.05.2020 zum selben Thema gestellten Fragen von Herrn Einecke hin, die bisher nicht beantwortet wurden. Frau Jahn bittet um schnellstmögliche Beantwortung.

Herr Kiontke fragt Frau Rippich, ob der erste Baum an der Erdkerbe früher ein Naturschutzzeichen hatte und dieses zwischenzeitlich entfernt wurde.

Frau Rippich nimmt die Anfrage mit.

Herr Weiß hatte ebenfalls eine schriftliche Anfrage zum Thema Baumfällungen auf der Alten Burg gestellt und schnell eine Antwort bekommen. Dennoch würde ihn auch der finanzielle Teil interessieren.

Frau Rippich verweist die Beantwortung in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Herr Kiontke hat weitere Nachfragen zur Brücke Drohndorf.

Wie verhält es sich mit der Verkehrssicherungspflicht?

Frau Rippich antwortet, dass für ungewidmete Feldwege keine Verkehrssicherungspflicht besteht. Daher kann dort auch keine Straßenbeleuchtung errichtet werden. Die Straßen an der Gipshütte und zum Kuks sind nicht gewidmet.

Frau Selisko-Lättig verlässt gegen 18.55 Uhr die Sitzung, es sind somit noch 8 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Kiontke fragt zur Schülerbeförderung, die zunächst bis zum Schuljahresende gesichert wurde, wie es danach aussieht.

Frau Rippich antwortet, dass sie dazu keine Informationen hat.

Herr Kiontke fragt weiterhin nach, wie Versorger, z.B. Heizöl dorthin kommen.
Frau Rippich antwortet, dass aufgrund der Tonnagebegrenzungen seit 2016 die großen Fahrzeuge auch schon nicht mehr über die Brücke fahren konnten.

Frau Puchner fragt in Richtung der Stadträte, warum nicht 2015 schon die Priorität auf die Brücke gelegt wurde.
wurde.

zu 10 *Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung*

Herr Knoche verlässt um 19.00 Uhr die Sitzung, somit sind noch 7 Stimmberechtigte anwesend.

Frau Jahn verlässt vorübergehend die Sitzung, somit sind noch 6 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Schigulski schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.